

Über die Zukunft
eines Rohstoffes

Öl – ein Teufelskreis?

Günter Barudio

Es könnte gut sein, dass die Geschichte und Gegenwart des Rohstoffs Erdöl uns bald die Zukunft kosten wird. Der größte anzunehmende Unfall dürfte dann eintreten, wenn es der Menschheit lokal und global nicht gelingt, das *Prometheus-Syndrom* zu überwinden. Das heißt den mentalen Verbrennungswahn, dessen Verfechter annehmen, dass man Energie in erster Linie aus dem Verfeuern von Holz, Kohle, Öl und Erdgas gewinnen müsse. Warnungen vor künftigen Gefährdungen der Atmosphäre durch die Abgase aller Feuerzeuge (Flüssiggas), Autos (Benzin), Schiffe (Diesel) und Flugzeuge (Kerosin) werden zwar in Europa zunehmend ernst genommen, aber in den Milliarden-Völkern China oder Indien, die sich gerade auf herkömmliche Weise mit westlicher Verbrennungstechnik motorisieren und damit den lange ersehnten *american way of life* nachahmen möchten, stoßen Hinweise auf das hochgiftige Kohlenmonoxid (CO), das Krebs erregende Benzol oder das radioaktive Polonium 210 weitgehend auf taube Ohren.

Globale Energie-Ethik

Das Verfügen über Öl und Erdgas gilt immer noch in einigen nationalen Eliten und bei der Masse der Konsumenten als ein Inbegriff von Fortschritt, ja sogar als Ausdruck nationaler Souveränität. Unter diesen Voraussetzungen wundert es nicht, wenn Kritiker wie Emmanuel Todd dem „Faktor Öl“ weiterhin eine entscheidende Bedeutung in der Geopolitik zuerkennen und den Grad der Stärke einer Global-

macht wie den USA daran messen, ob sie genügend mit Rohstoffen wie Erdöl versorgt ist. In seiner Analyse zur „wirtschaftlichen Abhängigkeit und Besessenheit vom Öl“, die amerikanische Eliten pflegten, übersieht er aber in einem „Nachruf“ auf die USA, dass man dort längst eingesehen hat, wie wenig der Fetisch *Unabhängigkeit* bedeutet, wenn man globale Politik im Rahmen der WTO treiben will.

Präsident Nixon hatte es noch 1974 versucht, mit dem „Project Independence“ die USA im gesamten Energiebereich und besonders im Ölsektor autark zu machen. Er ist damit gescheitert, weil er zwei wesentliche Faktoren nicht berücksichtigen wollte. Zum einen verdrängte er die offenkundige Tatsache, dass die USA ihren Vietnam-Konflikt von 1961 an mit einer schleichenden Inflation finanziert hatten. Damit aber untergruben sie das Währungssystem von Bretton Woods, das 1944 nicht nur den US-Dollar zur Leitwährung machte, sondern auch den Petro-Dollar für die gesamte Ölindustrie erfand, mit dem nur in einem System von Fest-Preisen pro Barrel (159 Liter) Öl und der zugehörigen Geldwert-Stabilität (konstante Kaufkraft) erfolgreich gewirtschaftet werden konnte: Die dramatische Ölpreiserhöhung von drei auf zwölf Dollar pro Fass im Jahre 1973 war demnach kein Willkürakt, sondern ein *Inflationsausgleich* für die Produzenten und Exporteure dieses lebenswichtigen Rohstoffs, namentlich der 1960 gegründeten OPEC.

Nixon und sein Außenminister Kissinger, der nach eigenen Angaben vom Ölgeschäft nichts verstand, mussten hier die Erfahrung machen und sich auch darüber aufklären lassen, dass es in Zukunft nicht mehr um die geheiligte „Independence“ ging, sondern um eine Interdependenz. Auch wenn es europäische Intellektuelle wie Todd nicht wahrhaben wollen, so bleibt doch die Tatsache bestehen, dass sich gerade die US-Eliten nach dem Debakel auf dem globalen Ölmarkt und in Vietnam zunehmend bewusst wurden, in einer vernetzten Welt angekommen zu sein. Nicht umsonst plädierte der US-Handelsminister Charles B. Morton auf dem Welt-Erdöl-Kongress in Tokio 1975 für eine „internationale Energie-Ethik“. Sie sollte den dringend geforderten Umweltschutz begründen und bewusst machen, die Technik mit ihrer Verbrennungswut nicht einem Selbstlauf zu überlassen: Die Einführung bleifreien Benzins war denn auch eine erste Umweltmaßnahme der japanischen Regierung, die allein durch Besteuerung an der Preisgestaltung für Treibstoffe aller Art auf dem Energie-Markt mitwirkte.

Selbst US-Präsident George Bush, der im Golf von Mexiko sowie in Texas ab 1948 als Öl-Unternehmer tätig war, ehe er ab 1964 in die Politik ging, wurde sich der Umweltbelastung durch die fortgesetzte Verbrennungsorgie bewusst und setzte den „Air Clean Act“ durch. Ja er mahnte sogar auf dem Klima-Gipfel von Rio de Janeiro 1992 an, dass sich die erwachsene Menschheit darüber klar werden sollte, sich gerade im Energie-Bereich als *Treuhänder* ihrer Kinder und Enkel zu verhalten, demnach keine Verschwendung zu betreiben und endlich einzusehen, dass jedes Land vom anderen abhängig ist, das heißt in reziproken Verhältnissen zurecht kommen muss – letztlich auf die Geltung der Goldenen Regel als Ethik angewiesen bleibt.

Das Beispiel der inflationsgeschädigten OPEC und das Erheben von Mineralölsteuern zeigt einmal mehr, dass der Markt-Preis eines strategisch wichtigen Rohstoffs nicht nur dem Prinzip von Angebot und Nachfrage folgt, wie es sich liberale Puristen wünschen, sondern auch von anderen Faktoren gesteuert wird, vor allem von einem politischen, monetären und psychologischen Anteil.

Der gesteuerte Preis

Das gilt in hohem Maße für das Rohöl, das seit 1859 einer der bedeutendsten Grundstoffe der Moderne geworden ist. Seine Preiserhöhungen in politischen Krisenzeiten werden heute in Börsenkreisen gerne „Angstprämie“ genannt und in die langfristigen Kalkulationen so einbezogen, dass man nicht überrascht werden kann. Diesen recht flexiblen Mechanismus in der Handhabung des lebenswichtigen Rohstoffes haben Unternehmen und Länder des Westens spätestens mit den Ölpreiskrisen von 1973 und 1979 gelernt. Aber auch die OPEC, die sich seit ihrer Gründung mit wenigen Ausnahmen in einem Krieg sehr verantwortungsbewusst verhalten hat und mit ihrer halbjährlichen Quotierung oder Justierung des Ölpreises sensibel auf die Welt-Konjunktur reagiert – schon aus eigenem Interesse als Exporteur.

Dieser Hintergrund wird allerdings in der Politik und Publizistik nur selten berücksichtigt. Statt die wirtschaftlichen Fakten zu akzeptieren und auch deren technische Abhängigkeiten zu beachten, herrscht die Neigung vor, bei jeder politischen Krise mit ihren kurzfristigen Ölpreis-Erhöhungen sofort ein düsteres Zukunftsszenario zu entwerfen, sobald die nähere Golf-Region ins Spiel kommt und damit „die Scheichs“, neben den „Multis“, zu den Sündenböcken für jede unbequeme Veränderung im Ölmarkt gemacht werden. Da wird gegen alle ökonomische Vernunft und überschaubare Rea-

Tankwagen beim Verlassen einer Raffinerie bei Lingen.
© dpa Fotograf: Ingo Wagner



lität das Schreckgespenst von 100 Dollar pro Barrel ausgemalt (Zaki Yamani) oder auch an der Angst-Spirale gedreht, das Zeitalter des Öls als Hauptträger der globalen Energie-Wirtschaft könne demnächst zu Ende gehen.

Die Auskünfte der Geschichte haben schon immer dagegen gesprochen, eine Endzeit der Ölzufuhr zu beschwören, die tatsächlich noch nicht in Sicht ist. So hat Anton Zischka in seinem viel gelesenen Buch *Öl-Krieg* schon 1934 behauptet, dass die USA in fünfundzwanzig Jahren über keinen Tropfen Öl mehr verfügen würden. Aber 1959 gab es die bisher größte Ölschwemme in der Geschichte dieses Rohstoffs. Sie führte auch dazu, dass in der Golfregion für ein Fass Öl nur noch 10 Cent bezahlt wurden (!): der Hauptgrund dafür, dass sich vor allem Saudi-Arabien mit anderen Golf-Staaten und Venezuela ein Jahr später zur OPEC zusammengeschlossen hat, um wenigstens einen Grundpreis zu sichern.

Nicht anders erging es den Experten des *Club of Rome*. Auch sie irrten sich mit ihren Hochrechnungen, als sie in dem Bestseller *Grenzen des Wachstums* von 1972 behaupteten, dass es zur Jahrtausendwende so gut wie kein Öl mehr geben würde. Im Jahre 1999 aber erlebte die Öl-wirtschaft die größte Überproduktion dieses Rohstoffes, die jemals bewältigt werden musste: der Fasspreis sackte unter zehn Dollar, und Ölproduzenten wie Russland, Norwegen oder Mexiko, die nicht zur OPEC gehörten, stürzten in eine schwere innere Krise.

Auch aus dieser historischen Tatsache, dass seit 1859 alle zehn Jahre der Ölpreis aufgrund eines zeitweilig hohen Angebots und geringer Nachfrage in den Keller rutscht, hat sich eine Lenkungs-Kultur entwickelt, mit der die OPEC ebenso korrigierend hantiert wie in den USA selbst eine monatliche Absprache getroffen wird, um den Ölmarkt genau zu regulieren. Eine Maßnahme, die man in der

„freien Marktwirtschaft“ der USA nicht erwartet: Sie zeigt aber an, dass dieser Rohstoff als so bedeutend eingestuft wird, dass man ihn nicht nur als bloßes Schüttgut (Commodity) den Marktkräften überlassen darf.

Deren fundamentale Bedeutung wird niemand bestreiten wollen. Doch es kann auch nicht der Umstand übersehen werden, dass verschiedene Faktoren außerhalb des Marktmechanismus auf die Preisgestaltung einwirken. Das gilt vor allem für die schon erwähnte Mineralölsteuer, zu der in einigen Ländern auch noch die Umsatzsteuer gerechnet wird. Das heißt, der Konsument an der Zapfsäule besonders in Europa bereichert als Autofahrer nicht die „Multis“ oder die „Scheichs“, wie es gerne an Stammtischen und in Politikerrunden behauptet wird, sondern finanziert in hohem Maße den jeweiligen Staatshaushalt! Im politischen England, das längst Selbstversorger und Exporteur von Nordsee-Öl (Spitzenqualität Brent Blend) geworden ist, verlangt der Fiskus 88 Prozent pro Liter Benzin, in Norwegen 83 Prozent und in der Bundesrepublik Deutschland 79 Prozent Steuern, ohne die besonderen Abgaben wie die zur Rentensicherung zweckentfremdete Öko-Steuer.

Gleichzeitig wird die Luftfahrt als größter Umweltverschmutzer auf eine Weise subventioniert, die mehr ist als nur eine vernachlässigte Gerechtigkeitslücke. Denn noch immer wird das Kerosin als Flugbenzin weltweit nicht besteuert, obgleich die Kontamination der Atmosphäre mit Schadstoffen und Verbrennungsrückständen (Ruß) aus den Düsen-Aggregaten offenkundig ist.

Öl als Kriegstreiber?

Kriege schaffen keine Werte, sondern vernichten das, was in Friedenszeiten erarbeitet worden ist. Diese Erfahrung der Geschichte scheint immer dann vergessen zu sein, wenn irgendwo die Politik

versagt hat und ein Waffengang ansteht. Dabei kommt es nicht selten vor, dass besonders in Konflikten der näheren und weiteren Golf-Region Politiker und Publizisten wie in einem Pawlowschen Reflex sofort die Ölkarte spielen – dem schwarzen Gold wird der schwarze Peter zugeschoben, als ob es an allen Teufeleien der Machtpolitik allein schuld sei.

Doch nur die Tatsache, dass die Kriege Israels mit seinen arabischen Nachbarn seit 1948 nichts mit der Ölfrage zu tun hatten, widerspricht dieser so beliebten wie bequemen Ansicht, Politik und Kriege ließen sich allein auf ökonomische Interessen reduzieren. Betrachtet man die Kriegsgeschichte seit 1859, als Öl in Titusville/USA sowie in Baku/Russland zeitgleich für eine dauernde industrielle Nutzung erschlossen wurde, dann kommt man nicht umhin, eine überraschende Feststellung zu bedenken: Wegen Öl wurde noch nie ein Krieg begonnen, wohl aber vorzeitig beendet.

Als 1914 der Erste Weltkrieg begann, spielte zwar das Auto schon eine gewisse Rolle, aber erst gegen Ende dieses unseligen Geballers hatte die Motorisierung zu Lande (Panzer), zu Wasser (U-Boote) und in der Luft (Flugzeuge) ein Volumen erreicht, das Öl und seine Produkte zum kriegsentscheidenden Stoff machte. Lord Curzon wies 1918 mit Recht darauf hin, dass die Westmächte „auf einer Woge von Öl zum Sieg geschwommen sind“, das in der Hauptsache ab 1917 von den USA geliefert wurde: Öl war also zu Beginn kein Kriegsgrund, schon gar nicht im klassischen Kohleland der Deutschen.

Bei der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges 1939 spielten viele Faktoren mit, aber nicht als Hauptgrund die Eroberung von Ölfeldern, zumal die Nazis auf die Technik des Kohlebenszins setzten und durch den Hitler-Stalin-Pakt bis zum Juni 1941 von den Kommunisten mit Baku-Öl gut versorgt wurden! Erst mit dem Kampf um Stalingrad rückte die Öl-Frage

ins Zentrum und ließ selbst Hitler einsehen, dass „ohne das Öl aus Baku der Krieg verloren ist“.

Auch in den Kriegen und Groß-Konflikten nach 1945 dürfte es schwer fallen, den Griff nach der Ölmacht als primären Antrieb auszumachen. Israel, Korea, Ungarn, Polen, Berlin- und Kuba-Krisen, Vietnam oder Balkan-Konflikte bis in unsere Tage hinein hatten nichts mit Öl und Gas zu tun. Und in der Dauer-Krise am Golf von 1980 bis 1990 konnte man zwar überall in Europa und in Amerika den suggestiven Slogan lesen „Kein Blut für Öl“, aber die Ölversorgung beider Kontinente und Japans war nie ernsthaft gefährdet: Die OPEC hatte es sogar geschafft, den beiden Kriegsmächten Irak und Iran während ihres Dauerstreites exakt die gleiche Quote an Exportöl zu genehmigen!

Bedenkt man noch, dass nach der Befreiung Kuwaits ab 1991 das UNO-Treuhandprogramm „Oil for food“ anlief, um einen Großteil der irakischen Bevölkerung zwölf Jahre lang mit Lebensmitteln und Medikamenten zu versorgen und auch nach dem Serbien-Krieg eine besondere Ölbelieferung („Energy for democracy“) organisiert wurde, dann müsste man im Öl eher einen Friedensbringer denn einen Kriegstreiber sehen und den bisherigen Teufelskreis durchbrechen, einem Stoff etwas anzulasten, was unkundige Menschen erfunden oder verbrochen haben.

„Victory gives no rights“

Doch all diese Überlegungen, das Öl nicht mehr zu verteufeln, scheinen mit dem letzten Irak-Krieg obsolet geworden zu sein. Denn für einen Großteil der europäischen Politik und Publizistik galt die Intervention der USA im Irak des Diktators Saddam Hussein geradezu als Paradebeispiel dafür, dass der Griff nach dem Öl die alleinige Ursache des einseitigen Waffenganges gewesen sein soll.

Alle Anzeichen sprachen für diese These. George W. Bush kam als US-Präsident ebenso aus dem texanischen Ölgeschäft wie sein Vize Cheney und andere Mitglieder des Kabinetts. Man konnte mit Franklin D. Roosevelt vom „Ölblock“ sprechen, ohne den in den USA kein Präsident richtig regieren kann, zumal die Öllobby in der Regel die meisten Spenden für die Wahlkampfkasse beisteuert. Und da im Irak die angeblich zweitgrößten Ölreserven der Welt lagern, schien nichts näher zu liegen, als sich im Zeichen einer Vergeltung für den 11. September 2001 dieses Landes zu bemächtigen, um nach dem militärischen Sieg über Saddams Truppen die eigenen Öl-Multis (Esso-Mobil, Texaco-Chevron) dort agieren zu lassen.

Kaum einer der Kritiker hat aber einmal danach gefragt, warum die angegriffenen Politiker nicht in der Öl-Industrie geblieben sind? Bei George W. Bush ist es offenkundig, dass er in diesem Geschäft trotz der grandiosen Verbindungen seines Vaters auf eine Weise gescheitert ist, die in den USA alles andere als einen guten Ruf einbringt. Mag es auch zu Zeiten von Präsident Eisenhower in der amerikanischen Ölwirtschaft eine „unglaubliche Blödheit“ gegeben haben, mit der auch George Bush als Yale-Absolvent und Eigner der Zapata Petroleum zeitweise zu kämpfen hatte, so war man sich doch eines Berufsethos bewusst, dem George W. Bush nur schwer genügen konnte: Sein Weg in die Politik als Wahlhelfer seines Vaters war wohl eher Familien-Sache denn ein bewusst politischer Schachzug der Öllobby, einen Bush ins Präsidentenamt zu bringen, um die eigenen Interessen (Steuersenkung, Bohren in National-Parks) besser durchsetzen zu können.

Die genauen Hintergründe werden sich eines Tages aufklären lassen. Heute kann dazu nur so viel gesagt werden, dass sich selbst die mächtigen USA unter der

eigenwilligen Präsidentschaft von Bush II nicht in allen Bereichen über die UNO-Charta und das geltende Völkerrecht hinwegsetzen dürfen. Und dazu gehört der Grundsatz „Victory gives no rights“. Er ist vom argentinischen Außenminister Carlos Saavedra Lamas entwickelt worden, um den langwierigen Chaco-Krieg zwischen dem diktatorischen Bolivien und dem demokratischen Paraguay 1935 beenden zu können. Mit dieser Formel weist er den militärisch Stärkeren in die Schranken und erzwingt eindeutige Rechtsgründe zu Gunsten des materiell Schwächeren.

An dieser depositären oder treuhänderischen Haltung wird auch das Vorgehen der USA im Irak gemessen, über dessen Bodenschätze der militärische Sieger nicht patrimonial oder selbstherrlich verfügen darf, zumal sich keiner seiner Interventionsgründe bisher bewahrheitet hat: Eindeutige Verbindungen der Saddam-Diktatur mit dem El-Kaida-Terrorismus konnten so wenig nachgewiesen werden wie das Vorkommen von einsatzfähigen ABC-Waffen, mit denen die Sicherheit der USA bedroht werden sollten.

Bush II und besonders Verteidigungsminister Rumsfeld haben wohl schon längst eingesehen, dass die Treuhandschaft der UNO über das angesammelte Öl-Vermögen der Republik Irak, die Mitglied in der Weltorganisation ist, ein vertraglich gesichertes Rechtsgewicht besitzt, das nicht mit militärischen Machtmitteln umgangen werden darf. In diesen Bereich gehört auch die bereits Russland zugesagte Sicherung all jener Verträge, die russische Ölgesellschaften wie Lukoil mit Saddam als Repräsentant der Republik Irak abgeschlossen haben. Eine ähnliche Lösung dürfte auch mit chinesischen, japanischen und vor allem französischen Firmen (Total-Fina-Elf) in Sicht sein, die in das irakische Ölgeschäft investiert haben.

Es dürfte allerdings sicher sein, dass nach Jahren der gesetzlich gebotenen Ab-

stinenz nun auch US-amerikanische Ölunternehmen im Irak tätig werden, sobald die rechtlichen Voraussetzungen gegeben sind und die Sicherheit gewährleistet wird. Ob die neu gestaltete Republik Irak weiterhin gleichberechtigtes Mitglied der OPEC bleibt oder im globalen Ölgeschäft wie Mexiko oder Norwegen eigene Wege geht, ist noch nicht entschieden. Aber eines kann jetzt schon mit Sicherheit angemerkt werden: Der Weltölmarkt hat nicht nur den zeitweiligen Ausfall der irakischen Produktion bei relativ stabilen Preisen bewältigt, sondern auch die gleichzeitig wirkende Exportkrise in Venezuela und Nigeria gemeistert, die im Wesentlichen innenpolitisch motiviert war.

Es zeigte sich hier erneut, dass der Ölmarkt im Rahmen der WTO und eingebettet in zahlreiche nationale Rechtssysteme nicht so schnell aus den Fugen gerät, wie manche Kritiker glauben. Tatsächlich schützt ein enges Vertragswerk mit seinen Nebenbereichen sowohl die nationalen Produzenten (Upstream) als auch die globalen Konsumenten (Downstream) und vermittelt dem globalen Markt ein hohes Maß an Verlässlichkeit, Planungssicherheit und geregelter Verkaufserlös.

„Jenseits des Öls“

Wie auch immer sich die künftige Öl-szene des Irak unter der Kontrolle von USA und UNO vollziehen wird, so kann sie nicht den vorgegebenen Rechtsrahmen verlassen und gleichsam auf eigene Faust handeln. Denn selbst der Versuch, mit Dumpingangeboten den Weltmarktpreis von derzeit etwa 25 Dollar pro Barrel zu unterbieten, würde Reaktionen der OPEC wie der IPEC hervorrufen und nur von kurzfristiger Dauer sein. Denn alle privaten wie staatlichen Ölgesellschaften der Welt sind daran interessiert, einen hohen Fasspreis zu erzielen, um die enormen Investitionen tätigen zu können, die das Erschließen eines neuen Ölfeldes oder der Bau einer Pipeline erfordert.

Auch der Irak selbst, sollte er eine eigene demokratisch legitimierte Regierung bekommen, wird sich bemühen müssen, die gegenwärtigen Belastungen mit hohen Öleinnahmen zu finanzieren – eine dramatische Senkung des Ölpreises wird demnach in naher Zukunft kaum zu erwarten sein.

Wird sich also eine Beruhigung des Ölmarktes einstellen, dann heißt das noch lange nicht, dass damit die Zukunft unseres Energiebedarfes absolut gesichert ist. Vielmehr wird die Idee des *Energie-Mixes*, wie er schon 1975 in Tokio propagiert wurde, weiterverfolgt werden müssen. Schon haben weitsichtige Ölmanager vor allem in Europa die Zeichen der Zukunft erkannt und Ergänzungsprogramme angekurbelt: British Petroleum (BP) und Royal Dutch/Shell fördern bereits seit Jahren die Nutzung der Sonnenkraft und sind mittlerweile die größten Solarzellen-Hersteller der Welt.

BP ließ sogar den Firmennamen in „Beyond Petroleum“ umformen, um damit auch anzudeuten, dass man sich ernsthafte Gedanken um eine Zukunft macht, in der das Erdöl wie das Erdgas nicht mehr zur Wärmegewinnung verbrannt werden soll, sondern jenem Projekt zur Verfügung steht, das seit ein paar Jahren *Life-Science* genannt wird: eine qualitative Umpolung des Öls – vom Heizstoff zum Heilmittel.

Vor allem die Pharma-Industrie hat längst erkannt, wie wertvoll dieser Rohstoff für ihre eigenen Forschungen und Produkte ist, wobei das Paraffin als nicht-toxische Substanz im Öl ein unschätzbares Basismaterial allein für Salben aller Art bietet. Man ist sich in diesen Kreisen

darüber im Klaren, dass ein neues Öl-Zeitalter begonnen hat, in dem die „Tränen des Teufels“ (Rockefeller) nicht mehr verbrannt, sondern zur Gesundung der Menschheit genutzt werden.

Das ist eine Perspektive für die Zukunft. Sie drückt sich im deutschen Bereich allein dadurch aus, dass die alten Farbwerke Hoechst, an denen die Kuwait Oil Company fast ein Viertel der Aktien hält(!), sich in Aventis umbenannt hat und verstärkt den Pharma-Markt bedient, unter anderem mit dem Öl-Derivat Phenol, das humangenetisches Insulin temperaturbeständig hält und Millionen von Diabetikern auf der ganzen Welt ein fast normales Leben sichert – auch dem jetzigen saudischen König Fahd.

Und als Alternative zum bisherigen Heizöl wird zunehmend die *Geo-Wärme* genutzt. Island ist sogar dabei, sich von Holz, Kohle, Öl und Erdgas als Verbrennungsenergie völlig zu lösen und das ganze Land auf Geowärme umzustellen. Eine Energienutzung, die es mit ihrer Strom-Erzeugung auch erlaubt, eine völlig neue Generation von leistungsfähigen *Elektro-Autos* zu bauen und dadurch die Atmosphäre erheblich zu entlasten.

Gelingt diese große Revolution, dann gerät auch das Öl nicht mehr in die Gefahr, politisch und militärisch missbraucht zu werden. Und seine giftigen Verbrennungswolken gehören einer Vergangenheit an, die an Alchimie erinnert und uns in Industriegebieten gehindert hat, den klaren Schein der Sonne zu genießen, wenn sie die Photosynthese anregt, dadurch auch neues Öl entstehen lässt und morgens mit den Tautropfen spielt – den „Tränen der Engel“.